

# Ich lege mich jetzt mal fest: Jeffrey Epstein wurde umgebracht

Ich neige nicht zu Verschwörungstheorien, aber ich bin auch nicht naiv. Es hat in der Geschichte immer wieder Verschwörungen gegeben. Also Verschwörung, das ist gemäß offizieller Definition die geheime Zusammenarbeit einer Gruppe von Personen, um gemeinsam ein illegales, unmoralisches oder schädliches Ziel zu erreichen. Die Verschwörer verfolgen dabei ein konkretes Ziel, oftmals zum Nachteil Dritter. (KI)

Das gibt es im Großen, staatlich organisiert, wie zum Beispiel am 31. August 1939

Da stürmten SS-Männer in polnischen Uniformen den Sender Gleiwitz, um so einen polnischen Angriff vorzutäuschen. Damit schuf man einen propagandistischen Anlass, am nächsten Tag in Polen einzumarschieren. Ich weiß nicht, ob es da schon Hitlers Ziel war, die ganze Welt in Brand zu setzen, aber das hat er damit geschafft.

In diese Kategorie gehört auch der sogenannte „Tonkin-Zwischenfall“ am 4. August 1964, bei dem angeblich nordvietnamesische Boote ein US-Kriegsschiff angriffen. Obwohl US-Präsident Lyndon B. Johnson und sein Verteidigungsminister Robert McNamara Zweifel an diesem Angriff hatten, präsentierten sie ihn dem Kongress und der Öffentlichkeit als Tatsache und schufen so einen Einstiegsgrund für die Vereinigten Staaten, massiv in Vietnam zu intervenieren. Den Angriff hat es nie gegeben.

Zur Corona-Pandemie gibt es etliche Verschwörungstheorien

Weit verbreitet ist dabei leider auch die schwachsinnigste, nach der Microsoft-Gründer Bill Gates die Pandemie genutzt haben soll, um Millionen Menschen via Impfung Mikrochips zur Überwachung in deren Gehirne zu implantieren oder die Weltbevölkerung gezielt zu reduzieren. Das ist so atemberaubend doof, dass man sich wundert, dass das überhaupt einer für wahr hält. Aber es sind Millionen. Und in diese Kategorie gehört auch, dass der Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes das Virus übertrage und so das menschliche Immunsystem so schwäche, dass man erkränke.

Und dann der Klassiker:

Die Impfung sei ein gezieltes „Experiment“ zur massenhaften Schädigung der Bevölkerung gewesen. Vom „Great Reset“ will ich in diesem Zusammenhang gar nicht anfangen, das ist nicht gut für mein Herz. Wobei es das Konzept des „Great Reset“ ja tatsächlich gibt, aber der Zusammenhang zu Corona ist mehr als abenteuerlich. Aber alles soll ja mit allem zusammenhängen...

Und damit Sie mich nicht für einen phantasielosen Spießler halten

Ich bin überzeugt, dass es bei der Ermordung des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy am 22. November 1963 eine Verschwörung gab – CIA, Mafia, Lyndon B. Johnson, ich weiß es natürlich auch

nicht. Aber ich bin inzwischen davon überzeugt, dass Johnson darin verwickelt ist, seit ich das „Wink“-Foto und eine Dokumentation dazu gesehen habe. Das ist schon *strange* ... Und Roswell 1947 gehört auch in die Reihe der Verschwörungstheorien, die ich für real halte. Eigentlich schon vor 30 Jahren, aber da traute ich mich nicht, das in ernsthaften Runden auszusprechen. Inzwischen beschäftigt sich der US-Senat ernsthaft mit dem Thema.

## Und nun also Jeffrey Epstein und sein Tod

Über Epstein, seine Schandtaten und seine weltweiten VIP-Netzwerke lesen und hören Sie in allen Medien. Mette-Marit finde ich dabei überraschend und irgendwie auch enttäuschend. Und die polnische und die britische Regierung sprechen offen davon, dass Epstein im Auftrag russischer Geheimdienste „Honigfallen“ (Honey Pots) mit jungen Mädchen für westliche Politiker aufstellte, um sie mit Aufnahmen sexueller Zusammenkünfte zu kompromittieren. Hey, das haben die Russen mit ihrem KGB schon immer gemacht oder auch die Stasi der DDR. Beschäftigen Sie sich mal mit der Geschichte vom Hotel „Neptun“ am Ostseestrand in Warnemünde! Aber ich bin hier erstmal skeptisch, wenngleich ich gestehen muss: Je mehr ich vom System Epstein erfahre, für desto wahrscheinlicher halte ich eine Beteiligung Moskaus.

Aber reden wir nicht über den Epstein-Skandal als Ganzes, sondern über einen Nebeneffekt: seinen Tod am 10. August 2019 in einer Einzelzelle im Bundesgefängnis in Manhattan.

Das soll so perfekt gesichert sein, dass es unmöglich wäre, dort einen Häftling in seiner Zelle umzubringen. Jede halbe Stunde checkt angeblich ein Justizbeamter, ob mit dem VIP-Häftling alles in Ordnung ist. Der Zugang zu seiner Zelle war durch Gitter vor dem Flur hermetisch abgeriegelt. Da kann nichts anbrennen, denken Sie?

## Das dachte ich auch

Bis ich mir dann eine Stunde lang die CBS-Dokumentation „60 Minutes“ zu den Umständen von Epsteins Tod angeschaut habe. Diese Sendung ist Journalismus im Goldstandard: tiefgründige Recherchen, unbestechlich, knallharte Interviews. So sollte investigativer Journalismus immer sein, nicht so, wie man das hierzulande nennt. Kein Wunder, dass „60 Minutes“ mehr Emmy Awards gewonnen hat als jede andere Nachrichtensendung in den USA.

Was die Kollegen von CBS zu Epsteins Tod an Fakten zusammengetragen haben, ist erschütternd.

Da schilderte etwa der renommierte Pathologe Dr. Michael Baden, der von Epsteins Bruder zur Autopsie hinzugezogen wurde, dass Epstein drei Brüche im Kehlkopfbereich (darunter das Zungenbein) erlitten hatte. Baden betonte, dass solche Verletzungen bei einer Erhängung extrem selten sind, aber charakteristisch für ein Erwürgen durch Fremdeinwirkung seien.

In der Sendung wurden dann auch Fotos der Bettlaken-Schlingen gezeigt. Die Enden der Schlingen waren sauber gesäumt – wie aber ist das ohne ein Messer oder eine Schere so präzise möglich? Es gab null Spuren von Blut an den Laken, obwohl Epsteins Hals schwere Verletzungen aufwies. Und wirklich

kaum zu glauben: Es wurden keine Fotos vom Leichnam in der Zelle gemacht. Die Polizei fotografiert den Tatort, aber nicht ein Mal das Opfer. Erzählen Sie mir, was Sie wollen: Das ist nicht normal!

Die beiden zuständigen Wärter in der Nacht hatten dann auch nachgewiesenermaßen Aufzeichnungen gefälscht, um vorzugeben, sie hätten Epstein kontrolliert, während sie in Wirklichkeit schliefen oder im Internet surften. Und entgegen der offiziellen Darstellung, niemand hätte die Zelle unbemerkt betreten können, zeigte die Sendung auf Basis von Grundrissen und Analysen, dass es durch tote Winkel der verbliebenen Kameras durchaus möglich gewesen wäre, in den Zellentrakt zu gelangen.

Anwälte und Bekannte, die Epstein kurz vor seinem Tod besuchten, berichteten in der Sendung, er sei „optimistisch“ gewesen und habe aktiv an seiner Verteidigung gearbeitet. Er gab danach keinerlei Anzeichen für einen depressiven Epstein, der nicht mehr leben wollte.

---

## **Berlins Regiermeister zeigt uns, was heute das Problem mit unseren Politikern ist**

Berlins Regiermeister Kai Wegner von der CDU wollte bei massivem Glatteis in der Stadt das Streuverbot kurzfristig aussetzen und erntete dafür Spott und Hohn im Abgeordnetenhaus. Aber im Grunde hat er natürlich recht, denn es gab bereits zahlreiche Verletzte in Berlin wegen der eisigen Temperaturen und gefrorener Fahr- und Gehwege.

Mehr als 1.800 Mal mussten Sanitäter und die Berliner Feuerwehr an einem einzigen Tag ausrücken, die Notaufnahmen der Krankenhäuser waren aufgrund von Knochenbrüchen und Platzwunden überlastet, und ein Rettungsdienst hatte zeitweise sogar keinen einzigen Wagen mehr verfügbar. Berlin wieder mal am Limit – wie so oft in jüngster Zeit.

In einer solchen Situation starr am Streusalzverbot festzuhalten, das klingt wie Hohn gegenüber Senioren, die sich nicht mehr aus dem Haus trauen, und den vielen Pendlern, die auf dem Weg zur Arbeit ihre körperliche Unversehrtheit riskieren. Umweltschutz ist wichtig, keine Frage. Aber wenn der Schutz von Baumwurzeln höher als die körperliche Unversehrtheit von Tausenden Menschen bewertet wird, dann läuft etwas falsch.

### **Wegners Slalom-Kurs**

Kai Wegner steht erneut im Zentrum der Kritik – dieses Mal zu Unrecht. Sein Appell an das Abgeordnetenhaus, das Verbot zu lockern, wurde von der Opposition als Offenbarungseid bezeichnet. „Man nennt es Winter“, tönnten die Kritiker. Und so ist das halt in einer Demokratie. Aber, Freunde: Ein Regierender Bürgermeister bettelt im Parlament darum, das Richtige tun zu dürfen? Ernsthaft?

Der Chef im Roten Rathaus hat gemäß Artikel 58 der Landesverfassung die Richtlinienkompetenz. In einer Notsituation hat er nicht nur das Recht, er hat die Pflicht zu führen. Und er sucht nicht wie ein Bittsteller Zustimmung, die er gar nicht braucht. Kurze Anweisung an die Umweltverwaltung, Eil-Verordnung für das Tausalz vorbereiten – und dann los geht's.

### So funktioniert Realpolitik

Aber Wegner versemmt nun zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen den Matchball, der ihm seinen Bürostuhl im Roten Rathaus für weitere fünf Jahre sichern könnte. Wegners Agieren wirkt wie ein politischer Eiertanz. Zwar erkennt er das Problem und die Erwartungen seiner Bürger, aber er zögert bei der Durchsetzung, bis der Fußgänger platt auf dem Eis liegt.

Gestern hat der Senat endlich den vorübergehenden Einsatz von Tausalz genehmigt. Die Berliner Stadtreinigung (BSR) ist mit allen Kräften unterwegs, und auch Grundstücksbesitzer und vom Land beauftragte Winterdienste sind endlich vom Taumittelverbot befreit. Bis zum 14. Februar.

### Irgendwie funktioniert es dann doch noch

Oder, wie man in Köln kalauert: *„Et hätt noch imma joot jejange“*. Aber ob das so bleibt, das ist keineswegs sicher. Glatteis-Chaos, davor linker Terror und massiver Stromausfall in Zehlendorf, und von der missglückten Kommunikation beim Tennis-Match des Bürgermeisters will ich gar nicht erst anfangen.

Im Wahljahr entsteht ohne jede Not das Bild einer Stadtspitze, die von der Realität ihrer eigenen Metropole immer mal wieder überrascht wird. Berlin leidet unter einer Verwaltung, die sich in Zuständigkeiten verstrickt, statt pragmatische Lösungen zu liefern. Warum gibt es zum Beispiel kein flexibles Winterdienst-Konzept, das bei Extremwetterlagen (wie Blitzeis) automatisch Sonderregeln aktiviert? Warum muss erst das öffentliche Leben kollabieren, bevor unbürokratisch gehandelt wird?

Berlin braucht keinen Bürgermeister, der das Wetter kommentiert, sondern einen, der die Stadt intensiv auf solche Lagen vorbereitet. Das ist kein Hexenwerk, denn die Spötter im Abgeordnetenhaus haben ja zumindest damit recht, dass wir gerade keine Wetterkatastrophe erleben, sondern einfach nur normale Wintertage.

---

## Was wissen wir eigentlich über die Bulgaren in Deutschland?

Alle reden von Syrern und Afghanen, wenn es um das Thema Migrantengewalt in Deutschland geht. Aber

man blendet einen Teil der Wirklichkeit aus, wenn man andere unserer zahlreichen Gäste außer Acht lässt, die in den vergangenen Jahren nach Deutschland gekommen sind, oftmals illegal oder geduldet. Dass eine Gruppe von elf Männern mit Eisenstangen „anlasslos“ auf zwei Brüder einschlug und diese fast tötete, nehmen wir alle zur Kenntnis. Und dass das Landgericht Regensburg die Anklage wegen versuchten Mordes fallen ließ und stattdessen auf gefährliche Körperverletzung erkannte, ist auch Alltag. Die Gesetze sind meistens gut, die Paragraphen lassen Spielraum, aber viele unserer Richter, die aus deutschen Universitäten in die Amts- und Landgerichte gespült werden, nutzen ihren Ermessensspielraum, der ihnen zurecht zusteht, um sich bei der Verhängung von Strafen eher am unteren Ende ihrer Möglichkeiten zu orientieren. In diesem Fall meint das Gericht für sein Urteil von einem „strafbefreienden Rücktritt“ (§ 24 StGB) ausgehen zu können.

Wer sich in Rechtswissenschaften nicht so auskennt: Da prügeln einige Kriminelle ihr Opfer fast tot, und bevor sie es final zu Ende bringen, hören sie auf. Und gleich rutschen sie in eine mildere Strafkategorie. Sie haben ja doch noch aufgehört.

In meiner kleinen rechtspopulistischen Welt gehört allein der Beginn der Tat, die Entscheidung, mit einer Eisenstange auf einen anderen loszugehen, hart bestraft.

**Aber ich möchte heute gerne auf etwas anderes raus.**

Die brutalen Schläger, die hier am Werke waren, haben ihren Opfern eine Schädelbasisfraktur, Gehirnblutungen, Lungenquetschungen und Trümmerbrüche zugefügt. Bis heute leiden die beiden Männer unter Sprachstörungen, Taubheitsgefühlen und psychischen Traumata. Sie leben, aber sie werden den Rest ihres Lebens von diesem einen schrecklichen Tag gezeichnet sein. Zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen.

Die Verbrecher in diesem Fall sind Bulgaren. Also, nur zur Klarstellung für die Herrschaften vom Verfassungsschutz: Ich meine nicht, dass alle Bulgaren in Deutschland Verbrecher sind, sondern dass von den Bulgaren in Deutschland diese 11 Verbrecher sind.

**Aber erlauben Sie mir die Frage: Wieso leben eigentlich 458.000 Bulgaren in Deutschland?**

Ich meine, sie dürfen das natürlich auf Basis der EU-Freizügigkeit (Art. 21 AEUV). Jeder Bürger in den Staaten der europäischen Gemeinschaft hat das Recht, sich in jedem Mitgliedstaat frei zu bewegen, dort zu arbeiten und zu wohnen. Eine gesonderte Arbeitserlaubnis ist nicht erforderlich.

So weit ist das in Ordnung, wenn man das so haben will. Ich meine, die Menschen in den Staaten der EU wählen so, wie sie wählen. Und wie bestellt, so wird geliefert.

**Also habe ich mal nachgeschaut, um meine - und meistens Ihre - Vorurteile bestätigt zu bekommen □**

Doch Überraschung: Während bei Syrern, Afghanen, Irakern und Nordafrikanern die meisten „Vorurteile“ durch harte Fakten bestätigt werden, ist das - bei Osteuropäern insgesamt sowieso - auch bei Bulgaren oder Rumänen in Deutschland eben nicht so. So gingen Ende 2025 mehr als die Hälfte der rund 1,5 Millionen Menschen aus diesen beiden Ländern in Deutschland einer geregelten und sozialversicherungspflichtigen Arbeit nach. Übrigens nicht nur in Deutschland.

Die Erwerbslosenquote bulgarischer Staatsbürger in der EU ist vergleichsweise sehr niedrig und lag im November 2025 bei etwa 3,5 %. Und entgegen häufiger Annahmen beziehen bulgarische Staatsangehörige seltener Sozialleistungen als der Durchschnitt anderer ausländischer Bevölkerungsgruppen. Konkret: Der Anteil der Leistungsbezieher unter den Bulgaren liegt unter 10 %, während er bei der Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Ausländer bei etwa 16 % liegt. Aber

zur Wahrheit gehört auch, dass ein großer Teil der bulgarischen Leistungsbezieher sogenannte „Aufstocker“ sind, die trotz Arbeit Bürgergeld erhalten, da ihr Einkommen nicht für den Lebensunterhalt ausreicht.

Was lernen wir daraus?

Ein dumpfes „Ausländer raus“, wie man es im angeblich besten Deutschland aller Zeiten häufig findet, ist vollkommener Unsinn. Da viele Deutsche sich freiwillig entschlossen haben, aus Gründen der Selbstverwirklichung und weil es Mühe macht, auf eigene Kinder zu verzichten, ist unser Land nur durch Zuwanderung am Laufen zu halten. Das ist keine Ideologie, das ist Selbsterhaltung.

Ohne Ausländer, besonders im Gesundheitssystem, gehen hier die Lichter aus. Und ohne junge Menschen, die noch lange arbeiten und in die Sozialversicherungssysteme einzahlen, ist ebenfalls Feierabend.

Im Grunde ist die Lösung ganz einfach

Wer in unser Land kommt, um für sich und seine Familie ein menschenwürdiges Leben zu suchen und zu finden, und wer unsere Gesetze und Traditionen akzeptiert, wer arbeitet für seinen Lebensunterhalt, seine Kinder liebevoll erzieht und unsere Sprache erlernt, wer unsere Gesetze achtet, der und die sind hier herzlich willkommen. Punkt!

*Und für die Damen und Herren vom Verfassungsschutz:* Alle anderen müssen hier raus und dürfen erst gar nicht rein. So einfach ist das, und man fragt sich, warum das nicht Mehrheitspolitik in Deutschland ist.

Über notwendige Reformen bei der Ausbildung unserer Richter an den Universitäten schreibe ich dann demnächst ausführlich...

**Auch 2026 wird wieder hart. Bitte unterstützen Sie meine Arbeit mit einer Spende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @Vers 1 Medien GmbH...**

---

## Die Strafmündigkeit muss runter auf 12 Jahre!

Anfang November des vergangenen Jahres ereignete sich auf einem Spielplatz im Essener „Ostviertel“ ein belangloser Streit, der ein tödliches Ende hatte.

Ein 80-jähriger Rentner wies nämlich dort einen 13-Jährigen zurecht, der sich „ungebührlich verhalten“ haben soll, was immer das auch bedeutet.

Der Junge ging sofort aggressiv auf den alten Mann los und schlug ihn so, dass der stürzte. Der Kopf des Mannes schlug auf dem harten Boden auf, er verletzte sich schwer. Nach drei Wochen starb er im Krankenhaus.

Die Polizei hatte keine Zeugen, man suchte nach – Überraschung – einer Gruppe „junger Männer“. Doch weil das Krankenhaus bei Einlieferung des schwerverletzten Opfers vergaß, die Polizei zu informieren, erfuhren die Beamten erst vom Geschehen, als der Mann vor seinem Tod nochmal zu Bewusstsein kam und eine Aussage machte.

Und doch haben sie ihn gefunden

Denn einer in der Schule hatte mit angehört, dass der 13-Jährige mit seiner Tat prahlte und sofort das Richtig getan. Er informierte die Polizei.

Sie haben ihn also, den Jungen, der einen anderen Menschen auf dem Gewissen hat. Aber ihm wird nichts Gravierendes geschehen, denn mit 13 Jahren ist er gemäß Paragraf 19 des Strafgesetzbuches (StGB) schuldunfähig, weil noch unter 14 Jahren. Es wird keine Anklage, keinen Prozess und kein Urteil geben. Vielleicht muss er für eine Zeit in eine geschlossenen Einrichtung der Jugendhilfe. Das war's.

Ich finde das nicht mehr akzeptabel, denn es ist ja nicht der erste Fall dieser Art.

Wer mit 13 Jahren töten kann, der kann auch dafür büßen. So einfach wäre das in einer normalen Gesellschaft.

13-Jährige, wir waren früher Kinder mit 13 und spielten unsere Lieblings-Fernsehserien nach. Oder bolzten auf dem Fußballplatz. Im 21. Jahrhundert haben Kinder uneingeschränkten Zugang zu Informationen und soziale Medien, in dem Alter haben viele Gewalt oder Pornografie auf dem Handy konsumiert. Und sie wissen genau, was richtig oder falsch ist.

Wer mit 13 Jahren zuschlägt und danach damit angibt, besitzt eine echte kriminelle Energie, die vom Gesetzgeber nicht länger als „kindliche Unschuld“ ignoriert werden darf.

Es ist die Aufgabe der Politik, dieses Thema endlich anzugehen. CDU und AfD wollen das übrigens, alle anderen nicht. Aber das Fass mache ich jetzt hier nicht wieder auf...

---

# Die Uhr tickt: Die Union hat nicht mehr viel Zeit, mit der AfD ins Gespräch zu kommen

Umfragen sind stets nur eine Momentaufnahme, die eine aktuelle Stimmungslage spiegelt. Ganz sicher sind sie keine sicheren Vorhersagen, und Umfragen sind oftmals auch ein Mittel zur politischen Stimmungsmache. Manche von Ihnen werden das Buch „Die Schweigespirale“ der einstigen Frau Noelle-Neumann kennen, die 1947 zusammen mit ihrem Ehemann das renommierte Allensbacher Institut gründete, das für die Bundeskanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl zum wichtigsten Instrument wurde, die Stimmungslage der Deutschen im Blick zu behalten.

Noelle-Neumann vertritt in ihrem Buch „Die Schweigespirale“ die These, dass in sozialen Kontexten Einzelne dazu neigen, ihre eigenen Meinungen zurückzuhalten, wenn diese von der öffentlichen Meinung abweichen.

Dies führt zu einer Spirale des Schweigens, in der sich die dominierende Meinung weiter verstärkt und Minderheitsmeinungen zunehmend ignoriert werden. Oder, wie ich es formulieren würde: Wahlplakate und Autoaufkleber überzeugen nicht einen einzigen Wähler, aber dafür sind sie auch nicht da. Trotzdem sind sie für Wahlkampagnen eminent wichtig. Denn sie verstärken den subjektiven Eindruck Unentschlossener zu wissen, wer im Wahlkampf dominiert und spürbar vorn liegt. Und viele Menschen, die nicht so richtig wissen, wen sie wählen sollen, schließen sich dann den vermeintlich zukünftigen Siegern an. Wer will schon „Loser“ sein?

Ein halbes Jahr vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt verliert die AfD laut einer Umfrage leicht an Zustimmung, ist aber weiterhin mit Abstand die stärkste Kraft. Die zweifellos dort deutlich rechte Partei kommt in der Wählergunst aktuell auf 39 Prozent, wie das Meinungsforschungsinstitut INSA für „Nius“ ermittelte. Die CDU erreicht danach 26 Prozent.

Dahinter folgen Linke mit elf Prozent und die SPD mit acht Prozent. Das BSW erreicht sechs, die Grünen drei und die FDP zwei Prozent. Die sonstigen Parteien kommen auf 5 Prozent. Eine Mehrheit ohne die AfD wäre für die CDU rechnerisch nur noch in einem Vierer-Bündnis mit SPD, BSW und der Linken möglich.

Würde die CDU das machen, wäre das mehr als Verrat an ihren Wählern

Denn es gibt einen einstimmig gefassten Beschluss eines Bundesparteitages, nachdem die CDU weder mit der AfD noch mit der SED/Linken in welcher Form auch immer kooperiert. Dumm nur, dass AfD und Linke jetzt derart stark geworden sind. Gut möglich, dass im September, dann aber auch in Thüringen, Brandenburg und Sachsen gleiche Konstellationen entstehen. Regierungsbildungen auf Landesebene, ohne dass die traditionellen Volksparteien CDU und SPD überhaupt noch im Spiel sind. Von Grünen und



FDP ganz zu schweigen, deren parlamentarisches Überleben in Ostdeutschland mehr als gefährdet ist.

Und wissen Sie, was das Erstaunliche ist?

Die Union und die Sozis weigern sich, sich überhaupt ohne Schaum vor dem Mund mit dem Thema zu beschäftigen.

Ich habe mich in den vergangenen Wochen mit Politikern der Union, mit Lobbyisten, Wirtschaftsleuten, Partei-Beratern unterhalten. Und ALLE, wirklich ausnahmslos alle, wissen, dass die Lage genau so ist, wie ich sie hier beschreibe. Und im Vier-Augen-Gespräch stimmen mir alle zu, dass diese Situation der Doofheit der traditionellen Parteien geschuldet ist. Man kann nicht ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland und die Hälfte der Ostdeutschen dauerhaft vom politischen Mitwirkungsprozess ausschließen. Das sehen auch diejenigen so, die nachher meinen Artikel böse verdammen und als völlig falsch brandmarken werden. Obwohl sie genau wissen, dass so die Lage ist.

Es ist jetzt müßig, die Gründe für die Lage noch groß zu würdigen.

Nur kurz: Als die AfD 2013 an den Start ging, war nichts an der Partei bedenklich rechts. Eine Professorenpartei von intelligenten bürgerlichen Leuten, Professoren, Mittelständlern, die nicht wollten, dass wir die Renten und Schulden der Griechen bezahlen müssen.

Ein mehr als berechtigtes Anliegen. „*Mit denen reden wir nicht*“, soll Bundes-„Angie“ Merkel damals gesagt haben. Ein kapitaler Fehler. Noch einer.

Nach der Euro-Staatsschuldenkrise lag die AfD in Umfragen bundesweit bei 3,5 Prozent. Und dann startete Merkel mit ihrer selbstherrlichen Grenzöffnung – begleitet von rauschendem Beifall des Funktionskörpers – ihr einzigartiges Konjunkturprogramm für die AfD.

Hätte die Union spätestens ab 2017 mit der AfD gesprochen, mit Realpolitikern, die politische Landkarte in Deutschland sähe heute fundamental anders aus.

Selbst viel später, als die AfD Wahlerfolg um Wahlerfolg einfuhr, versemmelte es das Adenauer-Haus, mit dem eigenen konservativen „Gallischen Dorf“, der WerteUnion um Hans-Georg Maaßen, einen Dialog aufzubauen. Irgendwas tun, um den vielen konservativ und wirtschaftsliberal gesinnten Bürgern ein Angebot zu machen, das sie bei der Stange hält. Unglaublich, dass die Union kein Problem damit hat, mit Sozis, Grünen und sogar Linken zu dealen, nur mit den eigenen Treuesten der Treuen nicht. Die waren plötzlich alle „rechtsextrem“, denen man Parteiausschlussverfahren an den Hals hängte. Man fragt sich wirklich, was all die hochbezahlten Spindoktoren im Adenauer-Haus beruflich machen.

Aber nun sind sie nunmal da

Viele von Ihnen kennen meine Haltung zu dem Thema. Die AfD ist eine starke politische Kraft geworden, die zwar unmittelbar in den Ländern und im Bund nichts zu entscheiden hat, die aber immer mächtiger

wird. Wenn man in Berlin nicht mit ihnen spricht, dann reden ihre Top-Leute halt in Washington und Moskau mit den Mächtigen. Und die machen alle Türen weit auf. Und nun glauben irgendwelche Low-Performer, man könne die Partei verbieten? Ernsthaft?

Für mich persönlich ist die AfD, wie sie sich in der Russland-Frage zu unterwerfen bereit ist, nicht wählbar. Wir sind Deutschland und Europa, wir sind der Westen. Aber bei Migration, innerer Sicherheit, Familie gibt es mehr Schnittmengen mit der Union als mit allen anderen Parteien. Aber die CDU-Führung – und übrigens auch die CSU – blenden das Thema völlig aus. Und werden sich zum Jahresende wahrscheinlich vor die Situation gestellt sehen, dass da im Bundesrat plötzlich ein oder zwei Bundesländer von AfD-geführten Landesregierungen vertreten werden. Und die stimmen dann auch zu zahlreichen Bundesgesetzen mit ab. Und dann? Brandmauer?

---

## Eine Million Euro Belohnung - schauen wir mal, ob linke Terroristen käuflich sind

Für Hinweise zur Ergreifung der Linksterroristen, die vor einigen Wochen den Berliner Südwesten tagelang von der Stromversorgung abgeschnitten hatten – 45.000 Haushalte kalt und dunkel – wird heute eine Belohnung in Höhe von einer Million Euro ausgesetzt. „Kopfgeld“, werden sie nachher in Antifa-Kreisen wieder jaulen. Gut so!

Ich bin nicht sicher, ob das wirklich funktioniert

Aber es ist ein Gedankenspiel, das mich fasziniert.

Denn so verstrahlt politische Extremisten auch sind: Eine Million Euro ist für jemanden, der in einer linksautonomen Asi-WG lebt und sich vom Staat das Nötigste finanzieren lässt und abends Spaghetti kocht, die man morgens beim Kapitalisten im Netto-Markt revolutionär vergesellschaftet hat, eine Menge Kohle.

**+++Apropos...es muss keine Million sein+++Aber wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen, spenden Sie bitte auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal @Vers 1 Medien GmbH+++**

Nie wieder Sorgen, leben, wo und wie man will, selbstbestimmt – da kann der revolutionäre Kampf schnell mal zur Nebensache werden. Vor allem, wenn man dafür nur mal ein paar „kämpfende Genossen“ ans Messer liefern muss.

Als ich heute Morgen von der ungewöhnlichen Aktion erfuhr, musste ich sofort an Friedrich Dürrenmatts Tragikomödie „Der Besuch der alten Dame“ aus dem Jahr 1956 denken. Ich habe immer mal meinen

Kindern, als sie noch Schüler waren, gesagt, dass sie dieses Buch und „1984“ von George Orwell unbedingt aufmerksam lesen und verstehen müssen. Weil sie dann die Grundlage verinnerlichen, wie unsere Welt funktioniert.

Also, falls Sie es – bedauerlicherweise – nicht kennen: In dem Stück geht es um die Käuflichkeit von Moral und Gerechtigkeit.

*Schnell erzählt:*

Die Milliardärin Claire Zachanassian kehrt in ihre verarmte Heimatstadt Gullen zurück und bietet den Bürgern des Ortes, die sie einst schlecht behandelt hatten, an, der Stadt eine Milliarde Schweizer Franken zu schenken. Nie wieder Sorgen, Reichtum – aber es gibt eine Bedingung: Für ihre Großzügigkeit müssen sie ihre Jugendliebe Alfred Ill umbringen. Der hatte sie einst geschwängert und die Vaterschaft vor Gericht geleugnet, woraufhin Claire die Stadt als ausgestoßene Prostituierte verlassen musste. Also, was soll ich sagen: Claire war echt sauer danach – zu Recht, wie ich finde.

Die Bürger von Gullen lehnen ihr Angebot natürlich reflexhaftig und entrüstet ab, doch dann bröckelt die allgemeine Empörung zusehends. Ich will das Ende nicht vorwegnehmen, nur so viel: Die Menschlichkeit siegt nicht.

**Ist Gerechtigkeit käuflich?**

„Man kann alles kaufen“, sagt „Claire“ in dem Drama von Dürrenmatt. Und das ist im Grunde auch das Motiv im Hollywood-Streifen „*Ein unmoralisches Angebot*“. Darin bietet der Milliardär John Gage (Robert Redford) einem finanziell ruinierten Ehepaar (Demi Moore und Woody Harrelson) eine Million Dollar für eine einzige Nacht mit der Ehefrau an. Auch das Paar ist empört – zu Beginn. Und auch sie lassen sich darauf ein, weil es ihr ganzes verkorkstes Leben mit einer – unmoralischen – Handlung in eine vermeintlich bessere Bahn lenkt. Ich habe es nicht so mit Liebesschnulzen, aber den habe ich über die Jahre drei Mal angeschaut.

Ist wirklich jeder käuflich, alles eine Frage des Preises? Das werden wir jetzt erleben – eine Million Euro dafür, ein paar linksextreme Vollidioten ans Messer zu liefern. Ein spannendes Experiment, oder? Die linke Antifa-Szene in Berlin wird das zurückweisen, sie werden sich lustig machen über das Angebot. Aber in irgendeinem Kopf wächst nachher ein kleiner Gedanke, bei einem, der keine Lust mehr darauf hat, in seiner verranzten Bude von der Revolution zu schwafeln, sondern dem eigenen trostlosen Dasein eine sonnige Wende geben will.

Eigentlich müsste man wetten, ob das funktioniert ...

---

# Gehen wir die Dinge einmal grundsätzlich an!

Eine unserer „Foristen“ der ersten Stunde hat mich in eine Diskussion gezogen, die mich weiter intensiv beschäftigt. Das passiert übrigens oft, wenn hier kluge Menschen für Denkanstöße sorgen und wenigstens ein Mindestmaß an Differenzierungsfähigkeit ihr Eigen nennen. Das ist zweifellos bei den meisten von Ihnen so.

Deutschland hat große Probleme, wir stecken in einer dramatischen Krise. Aber anders als einige hier stehe ich ohne Wenn und Aber zu meinem Heimatland. Deutschland hat hohe Staatskredite, die aber bisher problemlos bedient werden können. Unsere Innere und Äußere Sicherheit sind mangelhaft, das vorrangige Problem der Massenmigration ist weiter ungelöst. Da sind wir uns wahrscheinlich einig.

Aber die Probleme liegen viel tiefer, sind viel gravierender als die Frage, wen oder was man wählen sollte. Das ist wichtig, aber bevor wir die Gegenmaßnahmen, die Therapie, angehen, sollten wir eine ausführliche Diagnose erstellen.

Wie ich unserer lieben „Foristin“ Frau Dr. Königs-Albrecht versprochen habe, beginnen wir heute damit und ziehen unsere Diskussion auf eine breitere Ebene, in der wir ein breiteres Publikum ansprechen und einladen... Nachfolgenden Beitrag habe ich eben als Titelstory bei *TheGermanZ* veröffentlicht:

## Das „beste Deutschland aller Zeiten“ geht gerade vor die Hunde

Alles hat im Forum meines [Blogs](#) begonnen, wo vor einigen Tagen mit einer langjährigen Leserin aus Düsseldorf – die aktiven Leser im Blog nennen sich selbst „Foristen“ – eine Diskussion ausbrach, warum eigentlich Deutschland für andere Länder und offensichtlichen Unsinn (Fahrradwege in Peru) oder auch viele Millionen in Klima- und Antifa-Netzwerke stecken kann, aber die eigentlichen Kernaufgaben eines Staates nicht oder zumindest unzureichend sicherstellt.

Viele Deutsche sind auch heute stolz, dass wir zu den führenden Wirtschaftsnationen der Welt gehören. Doch hinter der glänzenden Fassade zeigen sich immer tiefere Risse im gesellschaftlichen Fundament. Das Grundgesetz verspricht uns allen, dass die Menschenwürde geschützt wird, dass wir sozial abgesichert sind, egal in welche Lebenslage wir rutschen, dass wir frei sind und keiner zurückgelassen wird.

## Dann lassen Sie uns mal den Faktencheck machen!

Das wohl sichtbarste Zeichen für das Versagen unseres Staates ist die explodierende Zahl der Obdachlosen. Im November 2025 legte die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG W) ihren Bericht vor, der erschütternde Ergebnisse zu Tage brachte. Zum Jahreswechsel 2024/2025 gab

es in Deutschland sage und schreibe eine Million Menschen ohne eigene Wohnung.

Während die amtliche Statistik des Bundesamtes zum Stichtag im Januar 2025 „nur“ rund 474.700 Personen in staatlichen Unterkünften erfasste, bleibt das Heer der „verdeckt Wohnungslosen“ weitgehend unsichtbar. Wir reden da über Menschen, die bei Bekannten auf dem Sofa schlafen, in Gartenlauben ausharren oder ganz offen auf der Straße und unter Brücken leben. Ich habe das in Potsdam selbst mal erlebt, als ich zur kalten Jahreszeit in die Sparkasse ging, um Kontoauszüge zu ziehen. Da lagen zwei Männer in Schlafsäcken und wünschten mir freundlich einen „Guten Abend“, froh, die Nacht (und wahrscheinlich weitere) im Warmen verbringen zu können.

**Wie kann das sein im angeblich besten Deutschland aller Zeiten?**

Am fehlenden Geld liegt es definitiv nicht. Deutschland legt „Sondervermögen“ für hunderte Milliarden Euro auf, und das ist nur möglich, weil wir kreditwürdig sind und Banken das Geld jederzeit bereitstellen, um die marode Infrastruktur Deutschlands aufzubretzeln und unsere Landesverteidigung endlich sicherzustellen. Gut so. Und für die geduldeten, aber eigentlich abgelehnten, Asylbewerber gibt die Bundesregierung im Jahr 28 Milliarden Euro aus. Das ist alles möglich.

Und gleichzeitig erledigt unser Staat seine Grundaufgabe nicht: Er schützt das Existenzminimum „Wohnen“ für die Menschen in Not nicht, obwohl er es könnte. Dazu muss man nicht den Sozialismus einführen, im Gegenteil. Aber in Berlin wählen die Leute ja so, dass keine ausreichenden Wohnungen gebaut werden können, und starten stattdessen Volksbegehren für die Verstaatlichung von Immobilienkonzernen. Berlin ist echt anders...

**Doch die Wohnprobleme sind längst nicht alles, an dem unser Staat krankt**

Zu den nicht eingelösten Kernversprechen unseres Staates gehört auch eine anständige Bildung für unsere Kinder und Enkel.

Auch da ist Deutschland im internationalen Vergleich, insbesondere bei den PISA-Studien, weit hinten. Aktuelle Daten aus dem Jahr 2024 und 2025 zeigen, dass die Schere zwischen Kindern aus bildungsnahen und prekären Verhältnissen so weit offen klafft wie nie zuvor. Rund 2,2 Millionen Kinder sind in Deutschland armutsgefährdet – das sind über 15 % der jungen Generation. Warum ist Deutschland hier so schlecht?

Auf jeden Fall leiden unsere Schulen an chronischem Lehrermangel und viele Schulen sind in einem – entschuldigen Sie! – saumäßigen Zustand. Wenn sich Kinder nicht mehr trauen, in ihrer Schule auf die Toilette zu gehen, dann ist Alarmstufe Rot.

**Aber es ist auch müßig, alles dem Staat aufzubürden**

Wenn Eltern ihren Kindern Bildung vorenthalten oder dies aufgrund eigener Überforderung nicht leisten, muss der Staat mehr unternehmen. Wer in einem baufälligen Container unterrichtet wird und dessen

Grundschullehrer ständig wechselt, hat gegen Kinder aus wohlhabenden Bildungs-Haushalten keine Chance. Unser Staat lässt zu, dass das Potenzial einer ganzen Generation durch Vernachlässigung eines großen und für Deutschland wichtigen Themas verschwendet wird.

**Doch es kommt noch ärger**

Die Vermüllung und Verwahrlosung in unseren Großstädten ist mehr als ein ästhetisches Problem. Es ist der Verlust an Respekt. Ein Verlust, der sowohl mit dem Schicksal des Nächsten als auch mit seinem Eigentum einhergeht.

In manchen Straßenzügen im Berliner Wedding, in Gaarden-Ost in Kiel, wo es die höchste Kinderarmutsrate in Schleswig-Holstein gibt, oder in Duisburg-Marxloh mit der grassierenden Verwahrlosung und der um sich greifenden Clankriminalität finden Sie unser Deutschland nicht mehr, das wir alle kannten und die meisten liebten.

**Hat das etwas mit der ungezügelten Massenmigration aus islamischen Ländern zu tun?**

Natürlich hat es das, aber es ist nicht der alleinige Grund. Diejenigen, die ihre Fernseher und vollgeschissene Windeln aus oberen Stockwerken der Mietbunker aus dem Fenster auf die Straße werfen, sind nicht der türkische Ladenbetreiber oder der junge ITler aus Syrien.

**In diesen Bezirken und Stadtteilen regiert die Gleichgültigkeit**

Vor Jahren dokumentierte RTL das Leben und Sterben in einem Hochhaus im Duisburger Stadtteil Hochheide, das im Volksmund der „Weiße Riese“ genannt wurde. Im Juli vergangenen Jahres wurde es abgerissen.

In einer der RTL-Reportagen wurde ein alkoholkranker Bewohner über einen längeren Zeitraum begleitet, und die Voyeure vor den Fernsehbildschirmen konnten dem erbarmungswürdigen Mann beim psychischen und physischen Verfall ungefiltert zuschauen, wie er vor laufender Kamera exzessiv Alkohol konsumierte und seine Wohnung dabei verwahrloste. Schließlich starb er und Hunderttausende können sagen, sie waren teilnahmslos dabei. Warum hat RTL nichts unternommen damals, warum hat niemand vom Duisburger Sozialamt Alarm geschlagen? Wie kann es sein, dass so etwas in Deutschland offen passiert und niemand hilft?

Wohnkomplexe wie der „Weiße Riese“ mit hunderten Mietparteien bieten eine extreme Anonymität. Todesfälle wurden oft erst nach Wochen bemerkt, wenn Verwesungsgeruch durch die Flure zieht. Postbeamte weigern sich, in solchen Gebäuden noch Briefe zuzustellen.

**Das beste Deutschland aller Zeiten?**

Klar, wenn man ein eigenes Haus und ein Aktienpaket hat, dann kann man es sich schön machen hierzulande auch heute noch. Aber unser Staat muss sich endlich wieder vorrangig um seine Leute kümmern und sich statt Gender-Lehrstühlen und anderem Unsinn darum kümmern, dass unsere Kinder

und dieses Land eine Zukunft haben.

Stimmen Sie mir zu? Dann schreiben Sie mir persönlich bitte an: [k.kelle@the-germanz.de](mailto:k.kelle@the-germanz.de)!

---

## **Wo politische Macht und großes Geld aufeinandertreffen sind Trump und der „Great Rest“ nicht weit**

Das Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos ist eine Veranstaltung der Superlative. Es gibt nichts Vergleichbares auf der Welt, und das liegt nicht nur an dem denkwürdigen Auftritt des amerikanischen Präsidenten Donald Trump gestern vor der politischen und wirtschaftlichen Elite vor Ort und den vielen Millionen Zuschauern rund um den Erdball. Davos – das ist für die Mächtigen der Welt so was wie der Super Bowl im Sport. Einzigartig.

3000 Teilnehmer, 65 Staats- und Regierungschefs sind dabei, 350 hochrangige Regierungsvertreter, 850 CEOs weltweit führender Unternehmen, wichtige Personen im globalen Machtspiel wie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und NATO-Generalsekretär Mark Rutte.

Vergessen Sie die „Bilderberger“ oder Putins Wirtschaftsgipfelchen in Sotschi!

In Davos spielt die Musik.

Der Auftritt von Donald Trump gestern war, wie man es von ihm kennt. Selbstverliebt, in Teilen unverschämte, witzig aber auch aussagekräftig. Dass der Druck aus der Grönland-Frage raus zu sein scheint, war eine wirkliche Nachricht und wird gern gehört.

„Wir haben über Jahrzehnte so viel für euch getan, und jetzt bitten wir nur darum, dass Ihr uns ein Stückchen Eis dafür gebt...“ Solche Sätze gibt es nur von „TheDonald“, oder? Und dann der Zusatz: Wenn Amerikas Wunsch erfüllt werde, dann sei man sehr dankbar. Und wenn nicht, dann werde man es nicht vergessen...

Viele meiner Freunde fremdeln mit Trump, aber ich mag ihn. Nicht alles, aber die große Linie. Das ist ein US-Präsident, wie ihn die Welt noch nicht erlebt hat...

Über was überhaupt nicht gesprochen wird in Davos, ist der große Aufreger in manchen konservativen Milieus. Ich kam vorhin im NIUS-Chat drauf, als einer das Thema ansprach: den „Great Reset“.

Das Weltwirtschaftsforum wagte sich vor fünf Jahren daran, über eine regelbasierte Weltwirtschaftsordnung grundsätzlich zu diskutieren. Man wollte Lehren aus der globalen Covid-19-

Pandemie ziehen. Beim Treffen im Juni 2020 stellte der Gründer des WEF, Klaus Schwab, zusammen mit dem Autor Thierry Malleret ein Buch mit dem Titel „Covid-19: Der große Umbruch“ vor. Darin heißt es: „Es geht darum, die Welt weniger gespalten, weniger verschmutzend, weniger zerstörerisch, integrativer, gerechter und fairer zu machen, als wir sie in der Zeit vor der Pandemie hinter uns gelassen haben.“ (K. Schwab, T. Malleret: Covid-19: Der große Umbruch, Schlussfolgerung, S. 293).

Das klingt erst mal gar nicht schlecht, sorgte aber nicht nur in der üblichen Verschwörungs-Szene für heftigen Widerspruch.

Bei solchen Treffen von Politik und Geld liegt der Gedanke schnell nahe, dass da Mächtige hinter verschlossenen Türen die Geschicke der Welt neu ordnen, ohne dafür von uns demokratisch legitimiert worden zu sein.

Und der Begriff „Great Reset“ beinhaltet ja alles, was man braucht in der Welt derjenigen, die ohnehin alles vom „Deep State“ gelenkt sehen. „Corona“ war dabei die bewusst herbeigeführte Schocktherapie, alle finsternen Pläne auf der Weltbühne umzusetzen. Die Grundbausteine unserer Gesellschaft sollen zerstört werden: die Familie, das Vertrauen in Recht und Gesetz und vor allem die (Meinungs-)Freiheit. Eine „Neue Weltordnung“ sei das Ziel, eine autoritäre, supranationale Weltregierung.

Nun, wenn ich mir die aktuelle Welt so anschau, dann sind wir seither davon weiter entfernt als jemals zuvor in den vergangenen 80 Jahren

Aber solche Erzählungen werden sie nicht mehr los. Die einen behaupten, der Neoliberalismus wolle die Welt übernehmen, andere sehen den „Great Reset“ als Werkzeug, dem Kommunismus weltweit doch noch zum Sieg und zur Herrschaft zu verhelfen. Und ganz ekelhaft wird es, wenn aus der braunen Jauchegrube der angeblich angestrebte globale Umbruch der Weltwirtschaft verknüpft wird mit der angeblichen jüdischen Weltverschwörung. Die Familie Rothschild und George Soros – na klar – sollen drinhängen, aber auch Angela Merkel und Friedrich Merz. Wer glaubt solchen Schmonzes, fragt man sich. Erschreckend viele offenbar.

### Apropos Friedrich Merz

Der kam am Morgen in Davos doch noch zu seinem Auftritt auf der Weltbühne, nachdem das geplante Treffen mit Trump am Vortag geplatzt war. Merz, angeblich auch Teil der großen Weltverschwörung, warnte dabei genau davor:

„Eine Welt, in der nur Macht zählt, ist ein gefährlicher Ort“, sagte er. Die größte Stärke entstehe aber aus der Fähigkeit, Partnerschaften und Allianzen zu bilden, die auf gegenseitigem Vertrauen und Respekt aufbauten.

Da müssten eigentlich alle „Great Reset“-Kritiker aufstehen und Merz applaudieren. Aber so viel Abstraktionsvermögen hat man in diesen Kreisen leider nicht.

Da bastelt man lieber schwarze Internet-Kacheln mit Klaus Schwab im Satanisten-Outfit und findet sich ganz toll überlegen dabei...



---

# Totgeglaubt und doch mächtig wie einst: Der „Pacto Andino“ der CDU berät über das politische Schicksal von Jens Spahn

Berufspiloten wissen, dass Flüge über die Anden oft turbulent sind. Denn die Berge stellen große Hindernisse für die Luftströmungen dar und erzeugen sogenannte „mountain waves“ (Bergwellen). Teilnehmer der zwölköpfigen Reisegruppe aus Mitgliedern des Bundesvorstands der Jungen Union (JU), die im Jahr 1979 auf einer mehrwöchigen „Bildungsreise“ durch Südamerika unterwegs waren, erzählten später von einer fast „mystischen Stimmung“ an Bord der stickigen Linienmaschine auf ihrem Weg von Santiago de Chile nach Caracas (Venezuela).

Man war müde, es soll jede Menge Rotwein auf dem mehrstündigen Flug am 25. Juli geflossen sein, als die Idee aufkam, ein Netzwerk zu gründen, dass gegenseitig die Karriere der jungen Männer in den kommenden Jahrzehnten innerhalb der CDU fördern und absichern sollte.

Es ist nicht mehr sicher festzustellen, wer genau die Idee aufbrachte, aber wahrscheinlich waren zwei der damals profiliertesten Köpfe ganz vorn dabei: Roland Koch und Christian Wulff. In dieser Nacht vor heute 46 Jahren entstand der „Pacto Andino“, der legendäre Andenpakt.

Wer von uns es ganz nach oben schafft, hilft den anderen

So lautete der einfache Plan.

Man kandidiert niemals gegeneinander. Man schützt sich. Man schweigt. Und das hat über mehr als 20 Jahre wunderbar funktioniert, bis Christian Wulf seinen Mund gegenüber Angela Merkel nicht halten konnte. Dieses Gespräch fand irgendwann im Jahr 2000 statt, kurz nachdem Angela Merkel zur CDU-Bundesvorsitzenden gewählt worden war. Wulff schrieb später, er habe frühzeitig „reinen Tisch“ machen wollen, um die spätere Kanzlerin nicht im Unklaren über die internen Machtstrukturen der CDU zu lassen.

Dabei war der Andenpakt lange entschieden gegen Merkel. Hier die ambitionierten CDU-Männer aus Westdeutschland, dort die „Frau aus dem Osten“, der sie nicht über den Weg trauten und die sie für eine „Übergangslösung“ von höchstens fünf Jahren hielten.

Und die Alphetiere aus dem Westen waren zunächst erfolgreich, verhinderten, dass Merkel 2002 Kanzlerkandidatin der Union wurde. Stattdessen setzten die Pakt-Mitglieder (insbesondere Roland Koch und Christian Wulff) Edmund Stoiber (CSU) durch. Doch Merkel war clever, vereinbarte beim berühmten „Wolfratshauser Frühstück“ bei Brez'n und Wurstplatte mit Stoiber, dass sie nach der Wahl das eigentliche Machtzentrum der Union übernehmen würde: den Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Stoiber verlor die Bundestagswahl, Merkel übernahm vom völlig überraschten Friedrich Merz die Fraktion, was das Verhältnis der beiden bis heute entscheidend belastet.

### Freunde werden Merkel und Merz sicher nicht mehr

In ihrer neuen Funktion ging sie dann sofort daran, die einflussreiche CDU-Seilschaft zu schleifen und einen nach dem anderen kaltzustellen.

Friedrich Merz war übrigens damals im Flieger über den Anden nicht dabei, stieß erst viel später dazu. Und: der „Pacto Andino“ existiert nicht nur immer noch, er scheint weiter mächtig zu sein.

Kurz vor Weihnachten traf sich der Bundeskanzler im Berliner Kulturkaufhaus Dussmann mit einigen führenden Köpfen des Andenpaktes, wie der „Spiegel“ herausfand. Dabei soll es ausführlich um das politische Schicksal des einstigen Hoffnungsträgers Jens Spahn gegangen sein, der heute die CDU/CSU-Bundestagsfraktion führt. Wer genau bei Dussmann mit am Tisch saß ist im Detail nicht bekannt. Sicher ist aber, dass neben Merz Koch, Wulff und der frühere Ministerpräsident und dann EU-Kommissar Günther Oettinger dort waren. Und der Vollständigkeit halber hier die Liste der weiteren Gründungsmitglieder aus dem Flieger im Jahr 1979:

Franz Josef Jung, späterer Verteidigungsminister, war dabei. Friedhelm Ost, der spätere Regierungssprecher von Bundeskanzler Helmut Kohl. Bernd Neumann aus Bremen, langjähriger Kulturstatsminister, dessen Sprecher ich von 1985 bis 1987 in Bremen war. Hans-Joachim Otto, der später zur FDP wechselte, war an Bord. Volker Bouffier (ehem. Ministerpräsident von Hessen), Friedbert Pflüger (ehem. Staatssekretär), Matthias Wissmann (ehem. Bundesverkehrsminister), Elmar Brok (ehem. EU-Parlamentarier), Hans-Gert Pöttering (ehem. Präsident des EU-Parlaments), Peter Müller (ehem. Ministerpräsident des Saarlands), Christoph Böhr (ehem. CDU-Landeschef in Rheinland-Pfalz) und Wulf Schönbohm.

### Frauen waren nicht dabei und kamen auch später nicht hinzu

Der „Pacto Andino“ war und ist stets ein reiner Männerbund.

Und Friedrich Merz teilte und teilt vermutlich bis heute alles, was den Pakt von Anfang an ausmachte: Den westdeutschen Katholizismus, die wirtschaftsliberale Prägung und vor allem die tiefe Abneigung gegen den Aufstieg von Angela Merkel.

Deutschland wird heute von einer schwarz-roten Koalition unter Kanzler Merz regiert, doch es läuft nicht rund. Der Koalitionspartner SPD klebt wie ein Klotz am Bein der Union, die ehrgeizigen Reformpläne kommen nicht voran, wie Merz inzwischen selbst offen einräumt. Und die Kommunikation im „Bermudadreieck“ zwischen Kanzleramt, Partei und Fraktion funktioniert nicht. Mitten in der Krise traf sich Merz also vor Weihnachten im Restaurant des Berliner Kulturkaufhauses Dussmann mit seinen alten Weggefährten.

Das zentrale Thema des Gesprächs: Jens Spahn. Der galt dem Netzwerk lange als einer der ihren, als das „moderne Gesicht“ des Konservatismus in der Union. Doch der Münsterländer steht unter schwerem Beschuss. Eine unzureichende Kommunikation mit dem Kanzleramt wirft man ihm vor. Spahn wird von der alten Garde immer mehr als eine Belastung für die Regierungskoalition angesehen. Angeblich, so der „Spiegel“, hätten einige Teilnehmer des Geheimtreffens offen über eine Ablösung Spahns spekuliert. Man will die Fraktion wieder disziplinieren, die beim Fall Brosius-Gersdorf und zuletzt beim Aufstand der Jungen gegen die Rentenpläne aus dem Ruder zu laufen scheint.

Dass sich ein amtierender Bundeskanzler im Jahr 2026 mit Männern berät, deren aktive Zeit teilweise über ein Jahrzehnt zurückliegt, zeigt die ungeheure Zähigkeit des Andenpakts. Was 1979 in der Economy-Class einer Linienmaschine als weinseliger Schwur begann, ist fast ein halbes Jahrhundert später das letzte Korrektiv einer angeschlagenen Regierung. Und ein starker Machtfaktor. Für Jens Spahn ist das keine gute Nachricht.

---

## **Warum eskaliert Trump den Streit um Grönland? Dieses Mal wird Europa nicht einknicken**

In den Hauptstädten der EU-Mitgliedsstaaten zerbrechen sich auch heute Abend viele Entscheidungsträger und Strategen ihre Köpfe über die Frage, was US-Präsident Donald Trump mit seiner Forderung, Grönland zu übernehmen, wirklich bezweckt.

Denn eins ist klar: Die Vereinigten Staaten von Amerika brauchen die größte Insel der Welt nicht. Denn sie sind ja schon da, sie haben alle Rechte, um ihre Truppen dort massiv in kürzester Zeit aufzustocken. Dänemark, Grönland, die EU und die NATO – sie alle sind bereit zu einem einvernehmlichen „Deal“ mit dem US-Partner. Und dennoch zieht Trump sein Vorhaben durch.

Ist das eigentliche Ziel vielleicht gar nicht Grönland? Geht es ihm um eine Machtdemonstration vor den Augen der ganzen Welt? Will der US-Präsident die Europäer insgesamt demütigen?

Leider ist keine der denkbaren Szenarien, so absurd sie auch scheinen, auszuschließen

Die transatlantischen Beziehungen jedenfalls stehen vor einem historischen Tiefpunkt. In nur 48 Stunden ist zwischen den Partnern jenseits des Atlantiks und Europa ein veritabler Handelskrieg ausgebrochen, der die Grundfesten der NATO erschüttert. Nach der Ankündigung massiver Strafzölle gegen acht europäische Kern-Alliierte schlägt Europa nun mit ungewohnter Härte und Einigkeit zurück.

„Allianz der Acht“: Widerstand gegen die Erpressung

In einer gemeinsamen Erklärung haben heute Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Finnland, Schweden und Norwegen den US-Präsidenten scharf zurechtgewiesen. Die Botschaft ist eindeutig: „Zolldrohungen untergraben die transatlantischen Beziehungen und bergen das Risiko einer Eskalation.“

Die Wut der Europäer gilt Trumps Versuch, den unerreichbar scheinenden Kauf Grönlands durch wirtschaftliche Daumenschrauben zu erzwingen.

Ab dem 1. Februar sollen 10 Prozent, ab Juni sogar 25 Prozent Zoll auf Waren aus diesen Ländern erhoben werden. Trump ist anscheinend verärgert über die eher symbolische Aktion einiger europäischer Staaten, kurzzeitig Soldaten nach Grönland zu verlegen. Das Weiße Haus fühlt sich durch die Mission „Arctic Endurance“ provoziert, an der auch 15 Bundeswehr-Soldaten beteiligt waren. Die sind längst auf der Rückreise, aber in Washington ist man befremdet.

### Klare Kante gegen Washington

Europäische Schwergewichte wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron bezeichneten das Vorgehen Trumps als „Frontalangriff auf das Völkerrecht und die europäische Würde“. In einer leidenschaftlichen Ansprache sagte er:

*„Europa ist kein Spielplatz für Immobilien-Deals des 19. Jahrhunderts. Die Souveränität Grönlands und Dänemarks ist nicht verhandelbar. Wer unsere Wirtschaft mit Strafzöllen überzieht, um Landstriche zu kaufen, handelt nicht wie ein Verbündeter, sondern wie ein Aggressor. Frankreich wird jede Maßnahme der EU zur Vergeltung unterstützen.“*

Und die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, eigentlich eine der engsten Verbündeten Trumps und der USA, redete erstaunlich deutlich, obwohl Italien nicht direkt von der ersten Zollwelle betroffen ist.

Meloni:

*„Die Einheit des Westens darf nicht für territoriale Ambitionen geopfert werden. Wenn die USA glauben, sie könnten europäische Nationen durch wirtschaftliche Erpressung spalten, haben sie sich geirrt. Italien steht in voller Solidarität mit Dänemark und unseren Partnern. Ein Angriff auf einen von uns ist ein Angriff auf den europäischen Binnenmarkt.“*

Medien berichten am Abend, dass sich Brüssel auf den Ernstfall eines Handelskrieges vorbereitet. Das Anti-Coercion Instrument (ACI) der EU sei „scharfgeschaltet“.

Die EU bereitet danach Listen vor, die vor allem Industrien in politisch sensiblen US-Bundesstaaten treffen sollen. Von Agrarprodukten bis hin zu High-Tech-Gütern könnte der US-Exportmarkt empfindlich gestört werden. Es wird diskutiert, regulatorische Daumenschrauben für Unternehmen wie Google, Amazon und Meta anzuziehen. Und: „Wenn die USA so weiter agieren, ist es das Ende der NATO.“ Die

Aufkündigung der militärischen Zusammenarbeit in der Arktis wäre ein strategisches Desaster für die USA, die dort auf europäische Infrastruktur angewiesen sind.

Die Karten für Europa sind nicht schlecht

Der Zeitpunkt dieses Konflikts könnte allerdings nicht ungünstiger sein. In Moskau wird der Krimsekt im Kreml sprudeln, und Wladimir Putin kommt abends wahrscheinlich vor Lachen nicht in den Schlaf, wenn er westliche Nachrichtensendungen verfolgt.

Hinzu kommt – wenig im Blick der Öffentlichkeit – das jüngst beschlossene Mercosur-Abkommen der südamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, die 1991 von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay gegründet wurde. Ziel ist der Freihandel zwischen den Mitgliedsstaaten und jetzt auch den EU-Staaten. Ein fetter Deal im amerikanischen Hinterhof, ohne Uncle Sam zu fragen. Nun, das wird Donald Trump nicht gefallen. Und es ist ein weiterer Pluspunkt für die Europäer.

Während Trump auf seinem Kanal Truth Social behauptet, der Kauf Grönlands sei für die nationale Sicherheit der USA alternativlos, zeigt sich Europa derzeit so geschlossen wie selten zuvor. Der 1. Februar 2026 wird zum Schicksalstag: Entweder lenkt Washington ein, oder der Westen schlittert in einen Grabenkrieg, der weit über Handelsbilanzen hinausgeht.